

Inhaltsverzeichnis

A) Einleitung und Gegenstand der Untersuchung.	1
B) Grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit einer Aufsicht über journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien	4
I. Journalistische Sorgfalt als Berufsethos und (verfassungs-)rechtliche Pflicht.	4
II. § 19 Abs. 1 MStV als (Teil-)Konkretisierung des § 17 MStV: Journalistische Sorgfaltspflichten folgen bereits aus § 17 MStV.	9
III. Anwendungsbereich des § 19 Abs. 1 Satz 2 MStV.	11
1. Deklaratorische Bedeutung des § 19 Abs. 1 MStV..	11
2. Journalistisch-redaktionell gestaltete Telemedien im Sinne des § 19 Abs. 1 Satz 2 MStV.	12
3. Notwendigkeit einer publizistischen Verantwortung für Inhalte.	15
4. „Journalistisch-redaktionell“ gestaltete Telemedien	19
5. „Geschäftsmäßig“ angebotene Telemedien.	20
6. „Nachrichten oder politische Informationen“.	20
IV. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Aufsichtsmaß- stabes „anerkannte journalistische Grundsätze“.	23
1. Orientierung am Pressekodex des Deutschen Presserates.	23
2. Vorrangregeln des Bundesverfassungsgerichts bei Wortberichten.	25
a) Unterscheidung zwischen Meinungen und Tatsachenbehauptungen.	26
b) Vorrangregeln bei Tatsachenbehauptungen. ...	28
c) Vorrangregeln bei Werturteilen.	31
d) Vorrangregeln bei Satire.	37
3. Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	83
a) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gilt für Schranken und Ausgestaltung der Medien- grundrechte.	39
b) Abwägungsbelange.	40
c) Legitime Zielsetzungen.	43
d) Eignung und Erforderlichkeit.	44

e) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	45
V. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Aufsicht zur Wahrung der „anerkannten journalistischen Grundsätze“	47
1. Deklaratorische Bedeutung des § 109 i. V. m. § 19 Abs. 1 MStV	47
2. Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	05
a) Legitime Zielsetzungen und Mittel	51
b) Eignung und Erforderlichkeit	52
c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	53
C) §§ 19 Abs. 1, 109 MStV begegnen (durchgreifende) verfassungsrechtliche Bedenken	55
I. §§ 19 Abs. 1 Satz 1, 109 MStV gewährleisten keine lückenlose Kontrolle durch den Deutschen Presserat und verstoßen deshalb gegen Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG und Art. 3 Abs. 1 GG	56
II. Sicherstellung eines im Wesentlichen gleichen Maßstabes bei der Konkretisierung des Begriffs „anerkannte journalistische Grundsätze“	58
III. Sicherstellung gleicher Aufsichtsmaßnahmen	60
1. Öffentliche Rüge/Beanstandung	60
2. Untersagung und Sperrung	61
IV. Sicherstellung gleicher prozeduraler Regelungen: Notwendigkeit einer Beschwerde?	64
V. Sicherstellung der Gleichbehandlung im Rahmen der Aufsicht	65
1. Sachlich nicht zu rechtfertigende unterschiedliche Behandlung von Presserat und FSK	65
2. Einheitlicher Beurteilungsspielraum?	66
3. Einheitliche Zuständigkeit der ZAK	70
D) Reformüberlegungen und Vorschläge für eine Neu- regelung, insbesondere der §§ 19, 109 MStV	71
I. § 19 MStV	71
1. § 19 Abs. 1 MStV	71
2. Einheitlicher Tatbestand für journalistisch-redaktionell gestaltete Angebote?	73
II. § 109 MStV	74

III. § 18 Abs.4 MStV	80
E) Ergebnisse.....	81
I. Untersuchungsgegenstand.....	81
II. Grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit einer Aufsicht über journalistisch-redaktionell gestaltete Tele- medien	81
1. Anwendungsbereich des § 19 Abs.1 Satz 2 MStV..	82
2. Orientierung am Pressekodex des Deutschen Presserates.....	83
3. Vorrangregeln des Bundesverfassungsgerichts ...	83
4. § 19 Abs.1 Satz 2 MStV wahrt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.....	85
5. Die Aufsicht gemäß § 109 Abs.1 Satz 1 MStV wahrt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit....	86
III. §§ 19, 109 MStV begegnen (durchgreifenden) verfassungsrechtlichen Bedenken.....	88
IV. Reformüberlegungen und Vorschläge für eine Neu- regelung der §§ 19, 109 MStV	89